

Es geht nicht nur ums Essen und das Geld...

von *David Albrecht* und *Alexander Thal*

In vielen deutschen Flüchtlingslagern kam es in den vergangenen Wochen und Monaten zu Protestaktionen seitens der Bewohner/innen, teilweise von externen Unterstützergruppen mitgetragen. Ziel war und ist es, die Bedingungen, unter denen die dort lebenden Menschen leiden müssen, in die öffentliche Diskussion zu bringen. Regelmäßig werden bei den Protesten spezifische Probleme kritisiert, wie zum Beispiel die Versorgung der Bewohner/innen mit Verpflegungspaketen oder die ungenügende medizinische Versorgung durch die Lageradministration.

"Wir wollen Geld statt Essenspakete. Es kann doch nicht sein, dass wir nicht selber bestimmen dürfen, was wir essen. Wir haben bei uns im Lager Neusässer Straße keine Privatsphäre, es herrschen katastrophale hygienische Zustände. Es gibt nicht genügend Toiletten - und nur vier Duschen in einem Gemeinschaftsraum für 50 bis 60 Leute. Bis zu sechs Personen müssen in einem Raum leben. Viele von uns vegetieren schon seit Jahren so, das ist menschenunwürdig." Ahmed Eidid, ein Bewohner eines Augsburger Flüchtlingslagers, beschrieb mit diesem Worten in einem Zeitungsinterview, warum 250 Flüchtlinge im Herbst 2010 in den Hungerstreik getreten sind. Das war bereits die zweite große Protestwelle in bayerischen Flüchtlingslagern im vergangenen Jahr, und es wird nicht die Letzte gewesen sein.

Auch in anderen Bundesländern häufen sich die Protestaktionen. Als im März letzten Jahres in der Landesaufnahmestelle Lebach im Saarland mehr als die Hälfte aller Bewohner/innen des Lagers die Annahme der Versorgungspakete verweigerte, taten sich Lageradministration und Politik sichtlich schwer damit, auf diese Protestaktion eine angemessene Reaktion zu finden.

Allen voran war es der saarländische Innenstaatssekretär Georg Jungmann, welcher den Protest zu banalisieren versuchte und lediglich das "eigennützige Interesse einiger weniger Bewohner/innen" hinter der Aktion vermutete. Allein im Jahr 2010 reichten die Proteste von Flüchtlingen vom mecklenburg-vorpommerschen Horst im Norden bis ins baden-württembergische Biberach und vom saarländischen Lebach im Westen bis nach Möhlau in Sachsen-Anhalt.

Die Flüchtlinge boykottieren die Annahme der Essenspakete, organisieren Demonstrationen, setzen sich mit zuständigen Behörden auseinander und greifen manchmal zum letzten Mittel, dem Hungerstreik. Vielerorts gelingt es ihnen, mit ihren Forderungen Öffentlichkeit und Gehör zu finden, und auch die Politik kommt an den Protesten nicht mehr vorbei, weder auf Länder- noch auf Bundesebene. Teilweise konnten erste Erfolge erzielt werden: Die Isolationslager in Gehlberg und Katzhütte (Thüringen) mussten geschlossen werden, in Bayern ist eine Gesetzesänderung in Vorbereitung, die die rigide bayerische Lagerpflicht lockern und einem Teil der Flüchtlinge den Auszug aus den Lagern ermöglichen wird.

Oftmals reagieren die Behörden auf die Proteste aber auch mit Maßnahmen, die zwar die angeprangerten Missstände aufgreifen, aber an der Lagerunterbringung nichts ändern: Da werden Wände gestrichen oder defekte Heizungen repariert, die Essensversorgung wird umgestellt oder die medizinische Grundversorgung verbessert. Dies wird dann der Öffentlichkeit präsentiert, und wenn die Flüchtlinge sich damit nicht zufrieden geben, lamentiert die Politik womöglich laut und öffentlichkeitswirksam über undankbare Flüchtlinge.



Bild: Marily Stroux



Der ursächliche Kern der Kritik der Flüchtlinge umfasst jedoch oft mehr als die aktuell angeprangerten Missstände. Die Flüchtlinge sind unzufrieden, weil es nicht weiter geht, weil sie über Monate und Jahre einem System umfassender Fremdbestimmung unterworfen sind, das ihnen keine Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Die Interessen der Flüchtlinge sind in der Regel ganz banal: Sie wollen arbeiten, in eine eigene Wohnung umziehen, ihr Leben selbst gestalten und Zukunftspläne machen.

Die im Lager lebenden Menschen werden versorgt und beköstigt. Sie leben oft jahrelang auf engstem Raum miteinander. Es liegt auf der Hand, dass bei einem solchen Leben in unfreiwilliger und enger Gemeinschaft Stress und Konflikte zunehmen. Hinzu kommt ein absoluter Mangel an Rückzugsmöglichkeiten. Kontrollmaßnahmen vermitteln den Betroffenen das Gefühl des Ausgeliefertseins und vergrößern die Angst vor einer Abschiebung. Aufgrund bestehender Arbeitsverbote und -einschränkungen sind die Menschen zu Untätigkeit verdammt, zumal das karge Taschengeld und die Abgeschiedenheit der Einrichtungen soziale Kontakte zu Menschen außerhalb des Lagers weitgehend unmöglich macht. Die Verweigerung der Annahme von Versorgungspaketen oder das Eintreten in einen Hungerstreik stellt für die Bewohner/innen in dieser Lage oftmals die einzige Möglichkeit dar, sich gegen die rechtlich-administrative Fremdbestimmung ihres Lebensalltags sowie die Reduzierung ihrer Handlungsmöglichkeiten auf Essen und Schlafen zu wehren.

Nach Dr. Birgit Behrens, Soziologin an der Universität Osnabrück, steht eine Politik, die Flüchtlingen eine eigenständige Lebensführung verbietet, der Idee einer modernen Sozialarbeit, die zu Empowerment im Sinne einer "Hilfe zur Selbsthilfe" führen sollte, diametral entgegen.

"Vordergründig decken die vor Ort angebotenen Einrichtungen zwar alle essentiellen Lebensbereiche ab. Aber eine solche Versorgung führt dazu, dass im Alltag kein Verlassen des Geländes notwendig ist und auch nicht unterstützt wird. Dies trifft gerade für Mütter zu, die sich um die Belange ihrer Kinder kümmern und auch hierfür auf Angebote der Einrichtungen zurückgreifen können. In der Folge werden alltägliche Handlungsmöglichkeiten immer weiter reduziert und schlimmstenfalls sogar verlernt. Die für das Zurechtkommen in der Aufnahmegesellschaft notwendige "strukturelle Assimilation" (Gordon 1964) wird so verhindert. Zur strukturellen Assimilation gehört auch die Einbindung in das soziale Leben von Bezugsgruppen, Organisationen und Institutionen. Sie bietet die Basis einer Integration. Genau dies blockiert eine Versorgungs- und Verwaltungsstruktur, die darauf angelegt ist, Menschen außerhalb des Systems der Aufnahmegesellschaft zu halten."

Es geht in der Auseinandersetzung also keinesfalls um einen Mangel an finanziellen Mitteln für eine bessere Ausgestaltung der Lager oder um fehlende Kapazitäten in der sozialen Betreuung, sondern um die Selbstbestimmung über und die Entwicklung von Perspektiven für das eigene Leben. Die Menschen in den Lagern werden aus dem System der Aufnahmegesellschaft herausgehalten. Sie proklamieren für sich ihren Anspruch auf Teilhabe und Mitbestimmung. Sie wehren sich dagegen, zum Problem erklärt zu werden, und fordern für sich das Recht, auch bei der Problemdefinition ein Wörtchen mitzureden. Die Proteste der Lagerbewohner/innen sind insofern auch eine Form, Handlungskompetenzen und die Kontrolle über den eigenen Lebensbereich zurückzugewinnen.